Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 302. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Dienstag, den 28. Dezember 1926

Ein Stück weiter.

Wieder sind ein paar Streitpunkte aus der Welt geschafft worden, die auf dem Gebiete der deutschen Entwaffnung liegen und über die man schon seit vielen Monaten ergebnislos verhandelt hatte. Ein ganz besonders großer Stein des Anstoßes war der Entente die deutsche Schutzpolizei gewesen, in der man den Kern eines künftigen Heeres mutmaßte. In der ganzen Zeit, seitdem die Sicherheits-, dann die Schutzpolizei bestand, konnte sie nicht zu einer wirklichen Ruhe kommen, weil fortwährend neue Eingriffe der Entente erfolgten, Umänderungen verlangt wurden, Zahl, Ausrüstung, Art der Ausbildung und Verwendung und die Organisation im allgemeinen nicht die Zustimmung der Botschafterkonferenz fanden. Jetzt hat man sich endlich zu einer Schlußregelung entschlossen und dabei die Gesamtzahl der Polizeikräfte auf 155 000 festgelegt. 105 000 davon umfaßt die staatliche Polizei, 35 000 die städtische; dazu kommen 15 000 Mann Hilfskräfte. Man weiß allerdings vorläufig noch nicht, wieweit die deutsche Regierung den Forderungen der Botschafterkonferenz nachgegeben hat, bei der Organisation der Schutzpolizei die Kasernierung größerer Trupps aufzugeben und dafür eine weitgehende Verteilung in kleine und kleinste Wachen zuzusagen. Die Entente wird sich wohl auch davon überzeugt haben, daß die Erzählungen über die militärische Durchbildung der Schupobeamten nichts als Märchen sind. Freilich verlangt der moderne Polizeidienst eine beträchtlich andere Ausbildung, als es bei der früheren Polizei der Fall war.

Das wesentliche dabei ist, daß die Schutzpolizei nun endlich einmal von der Entente in Ruhe gelassen wird. Diese ständigen Eingriffe in innerdeutsche Angelegenheiten sind immer untragbarer geworden; wir können verlangen, daß man auf unsere Zusagen vertraut, nachdem man die Streitfragen schon jahrelang geradezu an den Haaren herbeigeführt hat, weil man wirkliche Angriffspunkte eben nicht mehr fand. Das gleiche gilt von dem zweiten Verlangen der Entente, die sogenannten Wehrverbände aufzuheben. Die deutsche Regierung hat sofort bei Auftauchen dieser Forderung darauf verwiesen, daß die Behandlung dieser Verbände eine innerdeutsche Angelegenheit im Rahmen der deutschen gesetzlichen Bestimmungen hierüber sei. Diese gesetzlichen Bestimmungen resultieren aus dem Versailler Friedensvertrag und die deutsche Regierung hat praktisch bewiesen, daß sie dort, wo nach ihrer Ansicht ein solcher Verband militärischen Charakter hatte oder erhalten hatte, zugriff und sofort mit einem Verbot einschritt. Gerüchte wollten wissen, daß in Thoiry der deutsche Außenminister die Auflösung der politisch rechtsstehenden Wehrverbände zugesagt habe; dies war nicht der Fall, denn es wäre bei einer entsprechenden deutschen Gesetzesvorlage zu scharfen innenpolitischen Auseinandersetzungen gekommen. Jetzt hat sich die Entente mit dem bestehenden gesetzlichen Zustand einverstanden erklärt, außerdem wohl ein deutsches Versprechen erhalten, wenn nötig, zu einer Ausdehnung der betreffenden Gesetzgebung zu schreiten.

In letzter Zeit war dann noch auf Grund angeblicher oder übertriebener Vorkommnisse von der Entente behauptet worden, in der Reichswehr erfolgten Einstellungen von Zeitfreiwilligen, also ohne Innehaltung der Verpflichtung zu der vom Versailler Vertrage und demgemäß durch deutsches Gesetz vorgeschriebenen zwölfjährigen Dienstzeit. Der offizielle Bericht, der über die jetzige Einigung mit der Botschafterkonferenz herausgegeben worden ist, berührt auch diese Frage der Einstellung in die Reichswehr, ohne aber sich näher darüber auszulassen, welche Zusagen seitens der deutschen Regierung erfolgt sind. Näheres darüber wird man erst erfahren, wenn in der ersten Januarwoche die entsprechenden Noten veröffentlicht werden.

Bleiben nun noch einige schwierige Fragen, nämlich die der Ostbefestigungen und der Ausfuhr von sogenanntem Kriegsmaterial. Immerhin ist es erfreulich, daß wir ein Stück auf dem Wege vorwärtsgekommen sind, ohne daß wir anscheinend dabei allzu große Zugeständnisse haben machen müssen. Am 31. Januar soll ja die Kontrolle über die deutsche Entwaffnung in der bisherigen Form abgebaut werden; noch aber ist nicht zu übersehen, wann diese Einrichtung endlich ganz beseitigt sein wird.

Ein vorgetäuschter Ueberfall.

Französische Tendenzberichte.

Die französische Agentur Havas verbreitete zum Weihnachtsfest eine Meldung, nach der zwei französische Soldaten beim Verlassen der Messe in der Mainzer Garnisonkirche von sieben betrunkenen Deutschen ohne Anlaß überfallen wurden, wobei der eine zu Boden geworfen, der andere leicht verletzt worden wäre. Diese Nachricht entbehrt indessen jeder Begründung.

Deutscherseits ist festgestellt worden, daß ein französischer Soldat, der in der Trunkenheit seinen Revolver verloren hatte, seinen Vorgesetzten, um einer Bestrafung zu entgehen, einen Überfall vorgetäuscht habe. Es konnte bisher noch nichts festgestellt werden, was die französischen Behauptungen über einen Zwischenfall bestätigen könnte.

Die französische Meldung erinnert an einen ähnlichen französischen Tendenzbericht, der gleich nach den Vorfällen in Germersheim verbreitet worden war und demzufolge zwei französische Unteroffiziere durch einen deutschen Radfahrer angeschossen sein sollten. Auch damals konnte nichts ermittelt werden und die französische Besatzung mußte den deutschen Behörden nach einiger Zeit mitteilen, sie hätte „an der Aufklärung des Falles kein Interesse“.

Amerikanische Truppen in Nikaragua

Verschärfte Lage zwischen Amerika und Mexiko.

Eine Gegenregierung in Nikaragua.

Das schon seit langer Zeit zwischen Amerika und Mexiko bestehende getrübte Verhältnis hat von neuem eine Spannung erfahren. Amerikanische Marinesoldaten sind in dem zu Nikaragua gehörenden Hafen Puerto Cabezas gelandet worden mit der Begründung, daß dort Leben und Eigentum amerikanischer Staatsbürger in Gefahr seien. Das Hafengebiet ist von dem amerikanischen Kommandanten als neutrale Zone erklärt worden. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ soll es bereits zwischen amerikanischen Matrosen und nikaraguanischen Soldaten zu einem Feuergefecht gekommen sein, bei dem zwei eingeborene Soldaten verwundet wurden.

Der Landungsort Puerto Cabezas ist das Hauptquartier einer gegen die konservative Regierung Diaz bestehenden liberalen Gegenregierung, an deren Spitze Dr. Sacasa steht. Während General Diaz von den Vereinigten Staaten anerkannt und unterstützt wird, hat Dr. Sacasa die Gunst der mexikanischen Regierung, an deren Spitze General Calles steht. Wie es heißt, soll General Calles auch dem Gegenpräsidenten von Nikaragua Waffen und Munition zur Verfügung gestellt haben. Die mexikanische Regierung soll sogar Dr. Sacasa die Entsendung mexikanischer Truppen in Aussicht gestellt haben, woraufhin Präsident Coolidge die Landung amerikanischer Marinetruppen in dem nikaraguanischen Hafen angeordnet hat.

Die amerikanische Truppenlandung dürfte also als eine Geste Amerikas gegen Mexiko anzusehen sein, deren Verhältnis zueinander durch eine Einschränkung der amerikanischen Besitzrechte in Mexiko außerordentlich getrübt ist. Jedenfalls scheinen in Amerika Kräfte am Werke zu sein, die auf einen Krieg mit Mexiko hinarbeiten. Diesem Gedanken gab auch anläßlich der Landung amerikanischer Marinetruppen in Nikaragua der durch sein Eintreten für die Wiedergabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums bekanntgewordene Senator Borah Ausdruck, der betonte, daß offenbar der Versuch gemacht werde, eine amerikanische Intervention in Nikaragua herbeizuführen, um dadurch einen Krieg mit Mexiko zu ermöglichen. Allerdings tritt das Staatsdepartement in Washington offiziell allen Kriegsgerüchten entgegen und erklärt, daß außer den Wünschen amerikanischer Staatsbürger in Nikaragua nach ausreichendem Schutz der amerikanischen Regierung kein weiterer Anlaß zur Landung der Marinetuppen bekannt sei.

Meuterei in Uruguay.

Unter der Garnison von San Petrido ist eine Meuterei ausgebrochen. Die Meuterer haben mit den unter Oberst Bartele stehenden Aufständischen gemeinsame Sache gemacht. Um die Bewegung zu unterdrücken, hat die Regierung von Uruguay ein größeres Truppenkontingent entsandt.

Das dritte Dawesjahr.

Berlin, 27. Dezember. Zwischen der deutschen Regierung und dem Generalagenten für Reparationszahlungen sind, wie der Generalagent in seinem Bericht an die Reparationskommission mitteilt, Vereinbarungen über die Verteilung der dritten Jahresrate getroffen worden, die einen, für die deutsche Wirtschaft erträglichen Lieferungs- und Zahlungsmodus sichern. Die zwischen dem Generalagenten und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft getroffenen Abmachungen, auf Grund deren die Zinsen für die Eisenbahnobligationen im zweiten und dritten Jahr monatlich gezahlt werden, bestehen fort. Für Vorauszahlungen ist ein Diskont von sechs Prozent bestimmt. Für die Zahlung der Beförderungssteuer wurde ein neues Abkommen getroffen, das regelmäßige monatliche Zahlungen in Höhe von 22,5 Millionen GM. vorsieht. Auf diese Art werden bis zum 25. August 1927 270 Millionen GM. aus der Beförderungssteuer gezahlt sein. Der Rest muß am 15. September 1927 aus dem tatsächlichen Erlös der Beförderungssteuer des Jahres und zwar in der Höhe des dann noch außenstehenden Beitragsanteils der Beförderungssteuer abgetragen sein. Der normale Haushaltbeitrag von 110 Millionen GM. geht ebenfalls in gleichmäßigen monatlichen Teilzahlungen regelmäßig ein, da er in dieser Höhe von dem Kommissar der verpfändeten Einnahmen zurückgehalten werde. Die Zahlungen der „zusätzlichen Haushaltbeiträge“ sind in sieben Teilbeträgen von je 18 Millionen Goldmark fällig und in fünf weiteren Teilbeträgen von je 34,8 Millionen Goldmark. Die Schlußzahlung ist am 31. August 1927 fällig. Die Zinsen der deutschen Industrieobligationen sind in zwei Teilbeträgen von je 125 Millionen GM. zahlbar, jeweils am 1. April und am 25. August 1927. Dies ist durch die Bedingungen für die Schuldverschreibungen selbst und durch die praktischen Anordnungen für die Aufbringung festgelegt, so daß es nicht möglich war, eine neue Anordnung auf monatlicher Basis herbeizuführen.

Neuer polnischer Terrorakt gegen Deutsche

Kattowitz, 27. Dezember. Am heutigen Abend wurde gegen die Wohnung einer deutschen Familie in Gieschewald, die gerade ein Weihnachtslied sang, eine Bombe geschleudert. Die Explosion war so stark, daß sämtliche Scheiben zertrümmert und die Inneneinrichtung der Wohnung demoliert wurde.

China den Chinesen.

Das englische China-Memorandum.

Die englische Regierung hat, um ihr Prestige im Fernen Osten zu retten, einen Schritt unternommen, um den Chinesen die von ihnen erstrebte Autonomie zu gewähren. Wieweit es sich bei diesem Schritt um wirkliche Absichten handelt oder ob es nur eine Geste bleiben wird, kann erst die Zukunft klären. Am 18. Dezember hat der britische Geschäftsträger in Peking den Vertretern des Washingtoner Vertrages, in dem dem chinesischen Volk die Unantastbarkeit seiner Souveränität garantiert worden ist, ein Memorandum übergeben, in dem zunächst auf das Anwachsen einer mächtigen nationalistischen Bewegung hingewiesen wird, die darauf hinziele, China einen gleichberechtigten Platz unter den Nationen zu sichern. Es würde nicht den wahren Absichten der Mächte China gegenüber entsprechen, sagt das Memorandum, wenn man dieser Bewegung nicht das notwendige Maß an Sympathie und Verständnis entgegenbringe. Die britische Regierung schlage deshalb vor, daß die Mächte ihre Bereitwilligkeit erklären sollten, auf die Vertragsrevision und alle anderen ausstehenden Fragen hinzuarbeiten, sobald China eine verhandlungsfähige Regierung aufzuweisen habe.

Es wird ferner verlangt, daß die Mächte ihre Bereitwilligkeit erklären sollten, Chinas Anspruch auf die Zollautonomie anzuerkennen, sobald China selbst einen nationalen Zolltarif geschaffen habe. Die Mächte sollen ferner offiziell erklären, daß sie nicht beabsichtigen, China eine ausländische Kontrolle aufzuzwingen. Die Mächte sollten ferner ihre bisherige einheitliche Haltung, die strikte Befolgung der Vertragspflichten verlange, modifizieren. So sollten sie schließlich den sogenannten Washingtoner Aufzöllen zustimmen. Was die Erhebung von Zusatzzöllen durch die Kantoneser Regierung angehe, heißt es in dem Memorandum, so habe sich die britische Regierung nach vielem Zögern und lediglich zur Aufrechterhaltung der Solidarität mit den übrigen Mächten dem gemeinsamen Protest gegen die neuen Zölle angeschlossen gehabt. Es sei jedoch klar, daß diese Politik den gegenwärtigen Umständen nicht voll Rechnung trage.

Die englische Regierung will also an Stelle der bisherigen aggressiven Interventions- und Bevormundungspolitik eine Politik der schrittweisen Konzessionen treten lassen.

Wie in politischen Kreisen Washingtons erklärt wird, hat das Staatsdepartement das britische China-Memorandum zwar noch keiner eingehenden Prüfung unterzogen; es soll jedoch mit Befriedigung festgestellt haben, daß England ebenso wie Amerika der Ansicht sei, daß China unverzüglich entsprechend den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz weitere Zolleinnahmen zu überlassen sind.

„Leuchtender Friede“.

Eine Botschaft des neuen Mikados.

Wie aus Tokio gemeldet wird, hat Kaiser Herohito anläßlich der Thronbesteigung eine Botschaft an das japanische Volk gerichtet, in der er sich „Showa“ (leuchtender Friede) nennt.

Für die Begräbnisfeierlichkeiten des Mikados hat die Regierung den Betrag von 2 980 000 Yen vorgesehen. Eine dementsprechende Vorlage wird dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Mikado starb, wie noch bekannt wird, einen sanften Tod. An seinem Sterbelager, an dem die Kaiserin, der Prinzregent und die anderen Söhne anwesend waren, spielten

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF